

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das Reformationsjubiläum von 1817 und Die Union

Zittel, Emil

Heidelberg, 1897

Der Beginn der politischen und kirchlichen Reaktion in Deutschland seit
1820

[urn:nbn:de:bsz:31-320831](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-320831)

Abgeordneten zu wählen, wodurch zwei Lutheraner mehr in die Synode kamen, was aber bei den Abstimmungen durch Stimmenthaltung zweier lutherischer Mitglieder des Kirchenregimentes ausgeglichen wurde. Eine einzige lutherische Gemeinde fand sich, und zwar in der Pfalz, welche keinen Wahlmann schickte, „weil sie nicht reformiert werden wolle“.

Der Beginn der politischen und kirchlichen Reaktion in Deutschland seit 1820.

Ehe aber die Generalsynode im Juli 1821 in Karlsruhe eröffnet wurde, hatten sich die politische Lage und die Parteiverhältnisse seit den im Jahr 1818 getroffenen Einleitungen so sehr geändert, daß wir zunächst davon reden müssen. Denn es giebt Zeiten, wie z. B. von 1848—1850, wo sich in zwei oder drei Jahren der sogenannte Zeitgeist in Folge äußerer Begebenheiten gänzlich ändert und geradezu die gegenteiligen Gedanken und Bestrebungen obenaufkommen und an die Stelle der bisher herrschenden treten. Eine solche Zeit waren auch die Jahre 1818—1821.

Nicht nur in Preußen hatte Friedrich Wilhelm III. seinen schönen Worten von 1817 keine ernstlichen Folgen, sondern der politischen und kirchlichen Rückschrittpartei immer größeren Raum und Einfluß gegeben, sondern auch in Baden fing man an die versprochenen Volksrechte und Freiheiten immer bedenklicher anzusehen und Großherzog Ludwig fand an der badischen Landesverfassung, welche sein Vorgänger Karl noch am 29. August 1818 als Grundgesetz des Landes hatte verkünden lassen, gar wenig Vergnügen; ja er war sofort mit dem ersten Landtag, der am 22. April 1819 eröffnet wurde, in ernste Meinungsverschiedenheit geraten und schon hatte sich in beiden Kammern eine geschlossene „Opposition“ gebildet, so daß Ludwig am 28. Juli den Landtag in höchst ungnädiger Weise vertagte. In solchen und vielen anderen Vorgängen sahen Preußen und Oesterreich, welche selbst noch gar keine Volksvertretung eingeführt hatten und es ja dann noch lange nicht thaten, lauter Anzeichen revolutionärer Gesinnung und der österreichische Minister Metternich rief im August 1819 die deutschen Minister nach Karlsbad. Hier wurde unter vielem anderem beschlossen, besonders auch auf die deutschen Universitäten und die Presse ein strenges und wachames

Auge zu haben und eine „Zentraluntersuchungskommission für die revolutionären Umtriebe“ einzusetzen, welche besonders die Professoren und Studenten bedrohte.

Das weckte nun wieder in den deutschen „Burschenschaften“, die den Geist Körners und anderer Helden der Jahre 1806—1814 lebendig erhielten, eine ernste und nachhaltige Freiheitsbewegung und führte schließlich auch zu einer gerade Baden schwer betreffenden ebenso thörichten als verbrecherischen und nutzlosen That. Ein Student der Zenaer Burschenschaft Karl Ludw. Sand ermordete am 23. März 1819 den russischen Staatsrat und bekannnten Lustspielsdichter Kotzebue in Mannheim, weil man diesen für einen „russischen Spion“ und Hauptförderer der Verfolgung und Bedrückung der deutsch gesinnten Studentenschaft ansah. Sand hatte keine Beziehung zur Heidelberger oder Freiburger Studentenschaft gehabt, aber seine am 20. Mai 1820 erfolgte Hinrichtung in Mannheim erweckte ihm im Lande viele Theilnahme und den Regierungen viele bittere Gegner. Diese aber begannen nun eine heftige Verfolgung aller studentischen Burschenschaften und überhaupt aller freiheitlichen Bestrebungen. Die badischen Minister von Berkheim und Verstett und ihr jüngerer Gehilfe Freiherr von Blittersdorf, der bald die Seele der badischen Politik wurde, beteiligten sich dabei auf das eifrigste. Diejenigen Professoren der höheren Schulen und Universitäten aber, welche die Gunst der Regierung suchten, überboten sich nun in Loyalitätsbezeugungen und konservativer Bethätigung jeglicher Art.

Auch in den Kirchen hatte seit 1820 unter Preußens Führung ein ernster Kampf gegen den Nationalismus und den „modernen Unglauben“ und für den „alten Glauben“ und „die alten Bekenntnisse“ begonnen und so gewann jetzt natürlich auch in der badischen Generalsynode mit einemmal die sogenannte Bekenntnisfrage samt der Katechismusfrage eine ganz neue Bedeutung; zudem hatten an letzterem zwei Abgeordnete des Landtages, die zur Opposition gehörten, mitgearbeitet, die Dekane Hügig und Fecht, von denen dem Letzteren wegen seines Freimutes noch 1821 das Dekanat strafweise abgenommen wurde, was ihm aber beim badischen Volke „nicht zur Unehre“ gereichte, sondern sein persönliches Ansehen im Lande nur noch mehrte und verstärkte.